

Luxemburg

Mario Hirsch

Die europapolitische Diskussion in Luxemburg während der zweiten Hälfte des Jahres 2005 stand ganz unter dem Eindruck des Referendums vom 10. Juli 2005 zum EU-Verfassungsvertrag. Die Volksbefragung endete mit einem überraschend knappen Ausgang (56,52 Prozent der Wähler dafür, aber immerhin 43,48 Prozent dagegen), was die politische Klasse zu einer Gewissenserforschung zwang. Gemäß der Verfassung hatte das Referendum nur einen konsultativen Charakter. In einer ersten Lesung am 28. Juni 2005 hatten 95 Prozent der Abgeordneten den Vertragsentwurf ratifiziert. Sie wiederholten diese überwältigende Zustimmung in zweiter Lesung am 25. Oktober 2005, obwohl dazwischen der Text beim Referendum von fast der Hälfte der Wähler abgelehnt wurde. Ein bemerkenswertes Beispiel des Auseinanderdriftens zwischen „pays réel et pays légal“.

Dieser Vorgang war im traditionell pro-europäisch eingestellten Luxemburg fast schon ein unerhörtes Ereignis, das aber ohne wirkliche Konsequenzen blieb, außer in der Einstellung der Luxemburger zu Europa. Dass die Politiker ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen konnten, erklärt sich vor allem durch das Unvermögen der Verfassungsgegner, ihren Achtungserfolg in politisches Kapital umzumünzen. Bereits während der Referendumskampagne war klar, dass die Ablehnungsfront ein Sammelsurium von gesellschaftlichen Gruppen war, geeint durch diffuse Ängste. Sie schaffte es nicht, zu einem organisierten politischen Ausdruck zu finden. Zusammen genommen dürfte sie knapp 10 Prozent der Wähler repräsentieren.

Die etablierten politischen Kräfte gelobten Besserung und verständigten sich darauf, fortan Parlaments- und Europawahlen zeitlich zu trennen, in der Absicht, die Europapolitik aufzuwerten. Seit 1979, den ersten Direktwahlen zum Europaparlament, wurden sie am gleichen Tag organisiert wie die Parlamentswahlen, was unweigerlich dazu führte, dass europäische Anliegen in der Regel stiefmütterlich behandelt wurden. Aber die Einsicht in die Notwendigkeit einer Aufpäppelung der europapolitischen Diskussion war nur von kurzer Dauer. Längst hat das elektorale Kalkül wieder Oberhand bekommen und die Idee getrennter Urnengänge wurde vertagt. Zurückbehalten wird wahrscheinlich nur der Vorschlag, künftig auf Doppelkandidaturen zu verzichten und die Kandidatenzahl auf die zu verteilenden Mandate zu beschränken, also statt bisher zwölf nur mehr sechs Kandidaten pro Liste für die sechs Europamandate ins Rennen zu schicken. Bisher war es so, dass zwar Spitzenpolitiker kandidierten, die aber in Wirklichkeit nie daran dachten, ihr Mandat im Europaparlament anzutreten. Unter den sechs luxemburgischen Europa-Abgeordneten sind lediglich zwei, und zwar Claude Turmes und Lydie Polfer, direkt gewählt. Von den anderen guten Vorsätzen blieb eigentlich nur eine Initiative der Regierung übrig, die im Rahmen des „Forum Europa“ des Delegierten Außenministers Nicolas Schmit bemüht ist, die Jugend wieder für die europäische Idee zu begeistern. Beim Verfassungsreferendum stimmten 67 Prozent der Jugendlichen mit Nein.

Die Nachwehen des zwiespältigen Verfassungsreferendums machen sich aber auch auf einer anderen Ebene bemerkbar. Die im Frühjahr 2006 erfolgte Eurobarometer-Meinungsumfrage weist einen deutlichen Einbruch der sprichwörtlichen Europabegeisterung der Luxemburger auf. Während die Einstellung der Bürger zur EU sich in den meisten Mit-

gliedstaaten seit der letzten Erhebung im Herbst 2005 insgesamt positiv entwickelte, geht der Trend in Luxemburg in die andere Richtung. Die EU-Mitgliedschaft gilt zwar für 72 Prozent der Befragten als „gute Sache“, aber bei der vorherigen Erhebung waren es noch 82 Prozent. Die Zahl der Unschlüssigen hat deutlich von 10 auf 18 Prozent zugenommen. Nur mehr 54 Prozent haben ein positives Image von der EU (minus 3 Prozentpunkte), während die Zahl derjenigen, die sich negativ äußern, von 10 auf 15 Prozent gestiegen ist. Der Vertrauensschwund der Luxemburger in die EU und ihre Institutionen ist ebenfalls recht deutlich von einer Umfrage zur nächsten.

Dies alles ist natürlich noch nicht dramatisch, überrascht dennoch in einem Lande, das wie kaum ein anderes von seiner Zugehörigkeit zur EU profitiert hat. Dramatisch ist allerdings die sehr stark ausgeprägte Ablehnung von erneuten EU-Erweiterungen. Derartige Pläne stoßen auf Ablehnung bei 65 Prozent der Befragten in Luxemburg und die Zustimmung ist auf 27 Prozent gesunken. Zusammen mit Österreich teilt Luxemburg damit die niedrigste Unterstützungsrates für Erweiterungen in der EU, was erstaunlich und nur schwer nachvollziehbar ist. Diese Erkenntnisse haben die Regierung Ende April 2006 veranlasst, die 2004 beim EU-Beitritt der acht osteuropäischen Länder eingeführten Übergangsbestimmungen in Sachen Arbeitnehmerfreizügigkeit um weitere zwei Jahre zu verlängern. Diese restriktive Haltung mag verwundern in einem Lande, dessen aktive Bevölkerung sich zu 67 Prozent aus Ausländern zusammensetzt (Grenzgänger und Gastarbeiter; letztere kommen überwiegend aus Ländern der EU-15).

Am 25. Mai 2006 erhielt Regierungschef Jean-Claude Juncker den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen, „in Würdigung seines vorbildlichen Wirkens für ein soziales und geeintes Europa.“ Die Jury ehrte mit Juncker „einen Europäer, der in bester Tradition des luxemburgischen Volkes mit Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Beharrlichkeit und Leidenschaft Motor und Vordenker des Integrationsprozesses ist und dem es wie nur wenigen anderen gelingt, die Bürgerinnen und Bürger für das europäische Einigungswerk zu begeistern.“ Diese Anerkennung dürfte die Luxemburger wieder mit der europäischen Idee versöhnt haben und die Regierung dazu anspornen, ihr europäisches Profil auszubauen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass der europäische Einsatz der Regierung, sieht man vom vorbildlichen EU-Ratsvorsitz des Landes im ersten Semester 2005 ab, in letzter Zeit einiges zu wünschen übrig lässt. So ist Luxemburg, laut Europäischer Kommission seit Anfang 2006 europaweit Schlusslicht bei der Umsetzung von europäischen Richtlinien.

Ende Mai 2006 lag der Umsetzungsrückstand bei 67 Richtlinien. Erstaunlich ist dies schon, da es kaum zum Image des europäischen Musterschülers Luxemburg passt und die Rückstände auch Bereiche betreffen, die, wie etwa die Finanzdienstleistungen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von großer Bedeutung sind. Dieser nicht gerade erbauliche Zustand hat zu einer heftigen Kontroverse geführt. „Die Grünen/déi Gréng“ warfen der Regierung vor, gegen die Interessen des Landes zu verstoßen und den guten Ruf zu ruinieren, wegen mangelndem Einsatz und fehlender Mittel. Tatsächlich verhält es sich so, dass die Regierung und ihre Verwaltung bereits seit Jahren überfordert sind und die sich abwechselnden, traditionellen Regierungsparteien CSV (Christlich-Sozial), LSAP (Sozialdemokratisch) und DP (Liberal) gleichermaßen Schuld tragen an den Umsetzungsdefiziten, die es seit geraumer Zeit gibt.

Weiterführende Literatur

Mario Hirsch: *Le Luxembourg aux commandes: expérience, détermination et abnégation*, Études et Recherches nr. 37, janvier 2005, Notre Europe, Paris (auch auf Englisch verfügbar).